



Masterseminar – Wintersemester 2023/24

*„Die Entwicklungspolitik der EU (incl. Deutschlands)
in den Bereichen Frieden, Klima und Demokratie“*

“Neun gute Gründe für Demokratien”

12. Januar 2024

Prof. Dr. Uwe HOLTZ

2024.01.24+12



Uwe Holtz – Vorbemerkung

Das Dreieck der Kernbestandteile einer jeden Demokratie - bei der Förderung menschenwürdiger Lebensbedingungen und der Verhinderung ihrer Verschlechterung - erfordert:

1. Freie, faire und regelmäßige Wahlen mit der Ermöglichung eines Regierungswechsels;
2. Gewaltenteilung, die Bindung von Politik und Regierung an die verfassungsmäßige Ordnung;
3. Die Achtung, der Schutz und die Förderung der unveräußerlichen Menschenrechte und der bürgerlichen, politischen Freiheiten.

Demokratie und Menschenrechte gehören zusammen und stärken sich gegenseitig.

Allgemeines Leitbild ist das Paradigma einer demokratischen, nachhaltigen, friedlichen und menschenwürdigen Entwicklung.

Neun gute Gründe für Demokratien*

Der Übersetzung ins Deutsche liegt der von Uwe Holtz am 12.1.2024 auf Englisch gehaltene Vortrag zugrunde. Er wurde von ihm selbst und auch dank Rückmeldungen von Studierenden und aus der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments leicht überarbeitet.

Die Internetadressen der Quellenangaben wurden, wenn nicht anders vermerkt, am 10.1.24 überprüft. Unterstreichungen im Text stammen vom Autor; wo nötig nahm er eigene Übersetzungen vor – manchmal konsultierte er auch Übersetzungsvorschläge von DeepL und Microsoft.

(1) Immanuel Kant

Immanuel Kant (22.4.1724 – 12.2.1804) war überzeugt, dass Republiken/Demokratien selten, wenn überhaupt, gegeneinander Krieg führen. (*Zum ewigen Frieden*, 1795*)

Kant vertrat die Theorie, dass eine Mehrheit des Volkes niemals für einen Krieg stimmen würde, es sei denn zur Selbstverteidigung. Wenn alle Nationen Republiken wären, gäbe es keinen Krieg mehr, weil es keine Aggressoren gäbe.

Kant ist einer der frühesten Vertreter der Idee, dass der ewige Frieden durch universelle Demokratie und internationale Zusammenarbeit gesichert werden könnte.

Er war ein Vertreter der ‚Aufklärung‘ (sein Leitspruch ‚*sapere aude*‘: Habe Mut, Dich Deines Verstandes zu bedienen).

Kant nährte die Idee von der ‚demokratischen Sicherheit‘.

*„*Zum ewigen Frieden: ein philosophischer Entwurf*“, Königsberg 1795 - cf. <https://www.projekt-gutenberg.org/kant/ewfriede/chap003.html>.

(2) Winston Churchill

Es gibt viele Debatten über die Fähigkeit einer Demokratie, sowohl den Willen des Volkes angemessen zu repräsentieren als auch das Richtige zu tun, aber um sich auf Winston Churchill (30.9.1874-24.1.1965) und seine Rede vor dem Unterhaus am 11. November 1947 zu beziehen:

„Viele Regierungsformen sind ausprobiert worden und werden in dieser Welt von Sünde und Elend erprobt werden.(1) Niemand behauptet, dass die Demokratie perfekt oder allwissend ist. ... Die Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, abgesehen von allen anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert wurden.“*

*cf. www.enterstageright.com/archive/articles/0105/0105churchilldem.htm

(1) U. Holtz: In Zeiten des Anstiegs von Autokratien und der Erosion von Demokratien gilt es, den autoritären Versuchungen zu widerstehen und die Demokratie zu verteidigen.

(3) Amartya Sen aus Indien

(1998 Preis für Wirtschaftswissenschaften zum Gedenken an Alfred Nobel)

“Demokratie ist ein universeller Wert.”*

Für A. Sen muss ein Land *demokratietauglich* werden; vielmehr muss es durch Demokratie fit werden.

Er unterscheidet drei verschiedene Werte, die das Leben der Bürger bereichern:

- a) Den intrinsischen Wert (politische Freiheit als Teil der menschlichen Freiheit im Allgemeinen)
- b) Den instrumentellen (um Menschen und ihren Ansprüchen eine Stimme zu geben)
- c) Den konstruktiven (bei der Bildung von Werten und dem Verständnis von Bedürfnissen, Rechten und Pflichten)

* Sen, A. (1999): ‘Democracy as a Universal Value’. Journal of Democracy 10(3):3-17; <https://terpconnect.umd.edu/~dcrocker/Courses/Docs/Sen-Two%20Pieces%20on%20Democracy.pdf>. Hier finden sich zwei Artikel von A. Sen; der erste ist der relevante, s. S. 1-13; bes. 1, 2, 7, 8, 12.

(4) IPU: Allgemeine Erklärung zur Demokratie

Von der Interparlamentarischen Union wurde sie 1997 einstimmig bei Chinas Enthaltung angenommen; sie ist ein wichtiges Bezugsdokument, aus dem die folgenden Artikel zitiert werden:*

Demokratie zielt im Wesentlichen auf die Bewahrung und Förderung der Würde und der individuellen Rechte des einzelnen ab, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gemeinschaft voranzubringen, den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken und das friedliche Zusammenleben der Bürger zu verbessern sowie ein Klima zu schaffen, das dem Weltfrieden dient. Als Regierungsform stellt die Demokratie die beste Möglichkeit dar, diese Ziele zu erreichen. Darüber hinaus ist sie das einzigste politische System, das zur Selbstkorrektur fähig ist. (Art. 3)

Die Verwirklichung der Demokratie setzt eine echte Partnerschaft zwischen Männern und Frauen bei der Regelung der Angelegenheiten der Gesellschaft voraus, in der sie gleichberechtigt und sich jeweils ergänzend arbeiten, wobei ihre Unterschiede beide Seiten bereichern. (4)

* Die dt. Übersetzung, die hier übernommen wird, findet sich in: Deutscher Bundestag – Drucksache 13/9048, 13.11.1997: Unterrichtung durch die Delegation der Interparlamentarischen Gruppe der Bundesrepublik Deutschland über die 98. Interparlamentarische Konferenz vom 11. bis 16. September 1997 in Kairo, S. 28-30 (27.1.2024). The *Universal Declaration on Democracy* is available at <http://archive.ipu.org/cnl-e/161-dem.htm>

> *IPU Fortsetzung*

Die Demokratie beruht auf dem Primat des Rechts und der Inanspruchnahme der Menschenrechte. In einem demokratischen Staat steht niemand über dem Gesetz und sind alle vor dem Gesetz gleich. (7)

Demokratische Institutionen haben die Aufgabe, bei Spannungen zu vermitteln und konkurrierende Forderungen nach Vielfalt und Einheitlichkeit, Individualität und kollektiven Regelungen auszutarieren, um den Zusammenhalt und die Solidarität in der Gesellschaft zu steigern. (10)

Eine wesentliche Aufgabe des Staates liegt darin, seinen Bürgern den Genuss bürgerlicher, kultureller, wirtschaftlicher, politischer und sozialer Rechte zu sichern. Somit ist die Demokratie eng mit dem Wirken einer effektiv, rechtschaffen und transparent arbeitenden Regierung verbunden, die frei gewählt wurde und für ihre Regelung der öffentlichen Angelegenheiten Rechenschaft schuldet. (13)

Die Demokratie ist ferner als internationales Prinzip zu betrachten, das auf internationale Organisationen und Staaten in ihren internationalen Beziehungen anwendbar ist. (24)

[U. Holtz: Den Bemühungen der IPU folgend, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2007 die Widerstandsfähigkeit und Universalität der Prinzipien der Demokratie anerkannt, indem sie den 15. September zum Internationalen Tag der Demokratie erklärt hat.]

(5) G7 + 5 unterstreichen die Widerstandsfähigkeit der demokratischen Gesellschaften (Erklärung v. Elmau, 27.6.2022:*

- Wir, die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, *Argentiniens*, Kanadas, Frankreichs, *Indiens*, *Indonesiens*, Italiens, Japans, *Senegals*, *Südafrikas*, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der EU, bekräftigen unser Engagement für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer Demokratien.
- Wir erkennen die Bedeutung der nationalen Gesetze und Vorschriften an, die in jedem Land zur Förderung der Grundsätze und Werte der Demokratie gelten.
- Als Demokratien sind wir bestrebt, eine regelbasierte internationale Ordnung zu fördern, die territoriale Integrität und Souveränität anderer Staaten zu respektieren, die in der UN-Charta verankerten Grundsätze zu achten und zu verteidigen, die friedliche Beilegung von Konflikten zu unterstützen, die Androhung oder Anwendung von Gewalt jeglicher Art, die nicht im Einklang mit dem Völkerrecht steht, abzulehnen, die Menschenrechte zu schützen, multilaterale Institutionen zur Bewältigung globaler Herausforderungen zu stärken und Technologien im Einklang mit den demokratischen Grundsätzen zum Wohle der Menschheit zu entwickeln und einzusetzen.

*<https://www.g7germany.de/resource/blob/974430/2057608/61edf594f5ca30fb7b2ae4b79d16f1e6/2022-06-27-g7-resilient-democracies-statement-data.pdf?download=1>

(6) IDEA: Ein Aufruf zur Verteidigung der Demokratie

Veröffentlicht: 25.06.2020*

„Nur in der Demokratie können freie Medien ihre Aufgabe erfüllen, die Menschen zu informieren,
damit sie vernünftige persönliche und familiäre Entscheidungen treffen,
die Regierung und die öffentlichen Institutionen hinterfragen
und Desinformationen entgegenwirken können, die darauf abzielen, Gesellschaften zu spalten.“

* <https://www.idea.int/news-media/multimedia-reports/call-defend-democracy>
IDEA/International institute for Democracy and electoral Assistance, Stockholm

(7) BTI: Demokratien sind effizienter als Autokratien

2018: Der BTI zeigt deutlich, dass antidemokratische Systeme keineswegs stabiler und effizienter sind als demokratische.*

* Bertelsmann-Transformation-Index/BTI 2018 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/press/press-releases/press-release/pid/democracy-under-pressure-polarization-and-repression-are-increasing-worldwide>):

“... Korruption, soziale Ausgrenzung und Hindernisse für einen fairen wirtschaftlichen Wettbewerb sind in Autokratien nach wie vor stärker verbreitet. Laut BTI hatten zwar 12 Demokratien die Korruption erfolgreich bekämpft, aber nur eine Autokratie. Nur 2 Autokratien, aber 11 Demokratien hatten eine ausreichende Chancengleichheit erreicht. 27 Demokratien, aber nur 2 Autokratien wiesen gut funktionierende Markt- und Wettbewerbssysteme auf.“

(8) Jakkie Cilliers, Wissenschaftler aus Südafrika (2021): Good Governance (U.H.: gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln), Demokratie und Entwicklung*

- (i) Langfristig – d. h. über mehrere aufeinanderfolgende Jahrzehnte hinweg – verbessert die Demokratie die Lebensgrundlagen.
- (ii) Durch Wahlen bietet die Demokratie einen Mechanismus, um die Macht der Eliten oder spezieller Interessengruppen in Schach zu halten; sie schützt die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit.
- (ii) Demokratien schaffen Vertrauen für das Streben nach langfristigen Investitionen.
- (iv) Afrikanische Länder mit stärkeren Institutionen und besseren Governance-Indikatoren stehen im Allgemeinen besser da.
- v) Liberale Demokratien benötigen wichtige Zeit und Ressourcen, um zu reifen.

* Jakkie Cilliers (2021): Good Governance, Democracy and Development, In: J. C. , The Future of Africa Challenges and Opportunities (The Future of Africa), palgrave macmillan, pp.307-330 (<https://doi.org/10.1007/978-3-030-46590-2> + <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-030-46590-2> (13.06.2023, Uwe Holtz)

(9) U. Holtz: Vorteile liberaler Demokratien

- (i) Ein Land, in dem Demokratie, Menschenrechte, Herrschaft des Rechts und gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln (good governance) vorherrschen, ist am besten geeignet, ein Leben in Würde zu gewährleisten und nachhaltige, widerstandsfähige, friedliche Entwicklungen zu fördern.
- (ii) Von allen Regierungsformen stehen Demokratien am ehesten für allgemeinen Wohlstand, Antikorruptionspolitik und eine regelbasierte, faire, humane und friedliche internationale Ordnung.
- (iii) Die geeignetsten Rahmenbedingungen für Politik und Wirtschaft sind Demokratien und soziale, ökologische Marktwirtschaften.
- (iv) Im Gegensatz zu Diktaturen bieten Demokratien der Zivilgesellschaft und den Nichtregierungsorganisationen einen adäquaten Handlungsraum.
- (v) Keine Diktatur ist auf Dauer lebensfähig, weil sie dem innersten Wunsch der Menschen nach Freiheit und einem Leben in Würde widerspricht.

Herausforderungen für die Demokratie (2023)*

Die Europäische Assoziation ehemaliger Abgeordneter von Mitgliedsstaaten des Europarats (EA) tagte am 23./24. Februar in Paris. Unsere Vereinigung wurde vertreten durch den EA-Ehrenpräsidenten Prof. Dr. Uwe Holtz und Roland A. Kohn. Die Tagung begann mit dem Seminar „Die Herausforderungen der repräsentativen Demokratie“.

Wesentliche Aussagen

Die Folgen der Globalisierung für Wirtschaft und Migration, Corona und der Krieg Russlands gegen die Ukraine bringen eine höhere Komplexität und Herausforderung von und für Regierungsentscheidungen mit sich.

Der Anstieg eines Verschwörungswahns („Komplotismus“) ist virulent. Er begünstigt „soziale Netzwerke“ mit radikaleren und simplifizierenderen Erklärungen und Auseinandersetzungen.

* Der hier folgende Text erschien in den Juli-Nachrichten (2023) der deutschen Ehemaligen-Vereinigung, abzurufen auf deren Website www.vemdb.de > https://static1.squarespace.com/static/5fac0ca31755f96d7016f891/t/64a6ba6cc98c1564a3658dc0/1688648305602/nachrichten_26_6.pdf, S. 7. (27.01. 2024)

Dies geht mit einer Ablehnung realer Fakten einher, sät Misstrauen gegenüber den Eliten, bedroht die Demokratie, den Zusammenhalt der demokratischen Gesellschaften und spaltet sie.

Allgemeines Misstrauen gegenüber den Gewählten, massive Wahlenthaltung und Schwierigkeiten der Kandidatenfindung für bestimmte Wahlen wie auch Krisen politischer Parteien sind zu beklagen.

Autoritäre Regime und Versuchungen nehmen zu; Demokratien erodieren und verlieren an Vertrauen.

Ein Impulsgeber meinte, Demokratien älter als 40 Jahre blieben auch bestehen; neue Demokratien, wie Serbien, Ungarn, Türkei und Polen, orientierten sich an neuen Autoritarismen.

Die alten Ideologien (Kapitalismus/Sozialismus) werden durch den Kampf zwischen totalitären und demokratischen Systemen ersetzt/ergänzt.

Roland A. Kohn verwies auf die Bedrohung rationaler Diskurse durch PolitikerInnen wie Kellyanne Conway, Beraterin von Donald Trump, „alternative“ Fakten in die politische Debatte eingeführt habe. Solche Scheinargumente zerstören die Fundamente der vom echten Meinungsstreit lebenden freiheitlichen Demokratie.

Wichtige Schlussfolgerungen

- Wir brauchen einen immer wieder zu überprüfenden Leitfaden zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Demokratie.
- Bei Anerkennung der Tatsache, dass es unterschiedliche Ausprägungen von Demokratie gibt, wurde die Demokratie als Verfassung der Freiheit nicht infrage gestellt.
- Die repräsentative Demokratie kann vorrangig durch neue Formen der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Entscheidungsfindungsprozesse gestärkt werden.
- Politische Bildung und Medienkompetenz sind zu stärken.

Den Leserinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre!

Prof. Dr. Uwe HOLTZ, 28. Januar 2024

